

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 26 (1985)
Heft: 8

Artikel: Der Zwischenstand in Polen
Autor: Gorski, Bohdan
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094322>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der Zwischenstand in Polen

In Polen war der Prozess von Torun eine Unterbrechung, aber keine Wende.

Der bereits historische Prozess von Torun gegen die Mörder von Kaplan Jerzy Popieluszko hat zwar gezeigt, was das für Leute sind, die über die Beziehungen zwischen Staat und Kirche zu entscheiden haben, aber trotz dieser Enttarnung sind keine Änderungen im Arbeitsstil des Innenministeriums zu beobachten.

Die Überfälle

Insbesondere gehen die brutalen Einschüchterungsaktionen gegen missliebige Personen weiter, verübt durch die berühmten «unbekannten Täter». Das spezielle Schlägerkommando des Sicherheitsdienstes (das gegebenenfalls auch zum Mordkommando wird) hat nicht aufgehört, kriminelle Überfälle auf oppositionell eingestellte Elemente zu organisieren, vor allem auf Solidarnosc-Anhänger, aber auch auf Priester.

Die polnische Untergrundpresse (zum Beispiel «Tygodnik Mazowsze») nennt die Namen von Leuten, die Opfer solcher Überfälle wurden: Piotr Zymarczyk, Leslaw Martin, Tadeusz Wo-

lyniec, Czeslaw Klidowski, Tadeusz Zaleski und andere. Viele Opfer ziehen es vor, zu schweigen.

Die Einschüchterungsstrategie der Sicherheitsorgane macht nicht einmal vor den Ausländern halt, von denen man weiss, dass sie sich in der Öffentlichkeit über das äussern können, was man ihnen angetan hat. So wurde der in Paris wohnende Antiquar Frédéric Castaing, den man verdächtigte, Kontakte zur verbotenen Solidarnosc zu haben, zunächst vom Sicherheitsdienst in Krakau offiziell festgenommen und verhört. Nach seiner Entlassung aus dem Gewahrsam begann dann der inoffizielle Teil seiner Behandlung. Er wurde von drei Unbekannten verschleppt, verprügelt und mit glühenden Zigaretten gefoltert (rund 30 Brandwunden zweiten und dritten Grades an Händen und Bauch).

Hauptfeind Kirche

Das Regime ist insgesamt mit «seiner» Bevölkerung unzufrieden, aber der besondere Ärger

gilt doch der Kirche, der man es nicht verzeiht, dass die Arbeiter zu ihr halten, wie auch sie zu den Arbeitern hält.

Die Kirche spielt praktisch die Rolle, welche die Partei nach ideologischer Lesart eigentlich spielen sollte: die Vertretung des Proletariats. Indessen ist die moralische Rollenumkehr folgerichtig. Die Partei hat in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik völlig versagt. Das Volk erwartet von ihr weder Brot noch Freiheit. Die Zukunftsfrage an ihre Adresse lautet bloss: «Genossen, haben wir schon den Sozialismus, oder kommt es noch schlimmer?»

Statt ihre eigenen Fehler einzugestehen und eine bessere Politik zu führen, sucht die Partei die Verantwortung für ihre Unbeliebtheit bei den Leuten auf die Kirche zu schieben.

Man beschuldigt zahlreiche Priester der «staatsfeindlichen und antisozialistischen Hetze» und verwahrt sich dagegen, dass «Politik von der Kanzel aus» geführt werde. Die Befreiungstheologie ist unerwünscht, wenn sie ausserhalb der nichtsozialistischen Länder stattfindet.

Am 26. März stellte sich der Regierungssprecher Jerzy Urban in Warschau der internationalen Presse zur Diskussion. Zur Verblüffung der Anwesenden ordnete er zunächst zwei Schweigeminuten zum Gedenken an zwei amerikanische Fernsehreporter an, die in Südlibanon gefallen waren. Dieser Auftakt wurde erst verständlich, als Urban dann daranging, den greisen Marek Edelman zu beschimpfen, einen seinerzeitigen Helden des jüdischen Widerstandes im Ghetto von Warschau und einen heutigen Solidarnosc-Anhänger.

Umfangreicher aber waren die Angriffe Urbans auf katholische Priester, die er namentlich nannte: Malkowski, Jankowski, Kantorski (und andere). Ihnen warf er vor, Hass zu säen, das Recht zu brechen und die Kirche zu einem Meetingplatz zu verwandeln.

Selbstredend sparte Urban auch regimekritische Atheisten von seinen Vorwürfen nicht aus, handle es sich um Stefan Bratkowski oder eben den jüdischen Helden Marek Edelman. Dass der polnische PEN-Club verboten wurde, führte Urban auf das unstatthafte Verhalten der betreffenden Schriftsteller zurück; sie selbst seien am Verbot schuld, nicht das Regime oder der Sicherheitsdienst.



Gehört zur unbewältigten Gegenwart: der zerschlagene Leichnam des Priesters Jerzy Popieluszko. Die sicherheitsdienstlichen Überfälle gehen weiter.

Unbotmässigkeit wird überall geahndet, aber speziell in der Kirche sieht das Regime die moralische Konkurrenz. Sie ist nach seiner Meinung daran schuld, dass das Volk die Partei nicht schätzt und ihr nicht (freiwillig) folgt. Man will die Kirche deshalb zum Gehilfen der Partei machen, zum Werkzeug umschmieden (nach dem Vorbild der russisch-orthodoxen Kirche).

Zusatzschikanen

Gegen die «politisierende» (das heisst nicht so wie die Partei politisierende) Kirche führt man eine intensive Presse- und Fernsehkampagne. Darüber hinaus kommt es auch zu konkreten Schikanen.

- Man drosselt die Papierzuteilung für die kirchlichen Zeitungen allmählich immer stärker.

- Man schüchtert die katholischen Journalisten und Publizisten ein. Drei Mitarbeiter der bischöflichen Zweiwochenzeitschrift «Poslaniec Warmii» (Ermländer Bote, Warmia), nämlich Jozef Lubieniecki, Bogdan Kurowski und Ryszard Kulakowski, wurden verhaftet und unter Anklage gestellt. Inzwischen sind sie (nach ausländischen Interventionen zu ihren Gunsten) aus der Haft entlassen worden.

Die Rolle des Papstes

Der einst vom Regime so feierlich empfangene Papst ist seither immer deutlicher ins ideologische Feindbild gerückt worden. Unter anderem verzeiht man ihm nicht, dass er gegenüber der sogenannten Befreiungstheologie kritisch eingestellt ist, die ihren Namen nicht verdient, weil sie im Schulterschluss mit den sozialistischen Regimes wirkt, die Unfreiheit garantieren. Als Bürger eines sozialistischen Landes und selbst im Sozialismus erzogen, betrachtet der Papst den Sozialismus nicht als Mittel der Befreiung, sondern vielmehr als Gegensatz zur sozialen Gerechtigkeit.

Daher gilt die Sympathie des Papstes eher einer Befreiungstheologie, die nicht so genannt wird. Er hat es so ausgedrückt: «Die Solidarität (polnisch Solidarnosc) lebt als Hoffnung aller Polen.» Und dem entspricht auch die Volksstimmung in Polen. Das hat das Regime in Polen ebenso erkannt wie die sowjetische Führung. Es kommt zu öffentlichen Angriffen gegen den Papst. Sie sind Anzeichen eines verschärften Vorgehens gegen die Religion in Polen selbst, aber auch im gesamten Sowjetlager.

Der politische Druck auf die Kirche ist gewachsen. Der Leiter des staatlichen Kirchenamtes, Adam Lopatka, hat eine Zusammenarbeit zwischen Kardinal Glemp und General Jaruzelski empfohlen, die wohl ultimativen Charakter haben soll. Man verlangt von der Kirche die Eingliederung in die Maschinerie des totalitären Systems, und man behält sich alle Mittel vor, um ihr das beizubringen.

Bohdan Gorski

Laszlo Révész

Ungarns Parteitag

Der Ende März abgehaltene 13. Parteitag der 870 000 Mitglieder zählenden Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei brachte im innen-, aussen- und wirtschaftspolitischen Bereich keine bedeutenden Änderungen.

Das bisherige Reformprogramm wurde bestätigt. Die Existenzberechtigung des für die ungarische Wirtschaft wichtigen privaten und halb-privaten Wirtschaftssektors bleibt anerkannt.

Der Kongressbeschluss (Kapitel II, Punkt 2) hält fest: «Kleinwarenproduzenten, Kleingewerbetreibende und Einzelhändler spielen auch auf längere Sicht noch ihre Rolle im Leben der sozialistischen Gesellschaft und bei der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse.»

Privatsektor: ja, aber

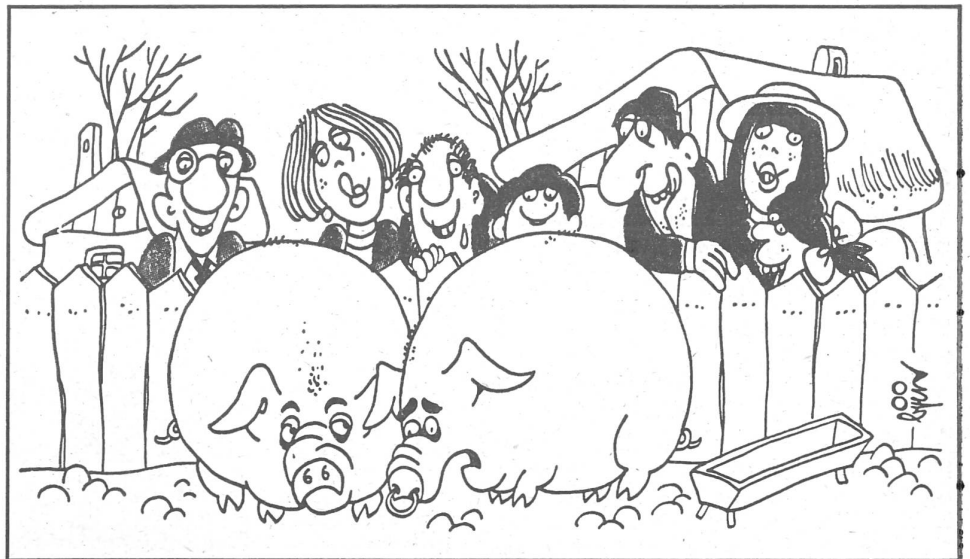
Kadar betonte in seiner Schlussrede im Zusammenhang mit den weitverbreiteten betrieblichen Arbeitsgemeinschaften: «Die meisten Arbeitsgemeinschaften funktionieren gut; ihre Tätigkeit ist nützlich. Obwohl mancherorts auch Verzerrungen aufgetreten sind, vertreten Partei

und Regierung die Meinung, dass die gut arbeitenden Wirtschaftsgemeinschaften in den Betrieben beizubehalten sind.»

Allerdings schränkte Kadar anschliessend ein: «Es muss ein Weg gefunden werden, damit diese Arbeitsgemeinschaften durch die Betriebskollektive kontrolliert werden.» Es handelt sich bei dieser Kontrolle in erster Linie darum, dass der entscheidende Teil der Arbeit in der Hauptarbeitszeit geleistet werden muss und dass der Werk tätige das für die Befriedigung seiner grundlegenden Bedürfnisse notwendige Einkommen an seinem Hauptarbeitsplatz und im Rahmen der festgelegten Arbeitszeit verdienen kann.

Dezentralisierung geht weiter

Der schon vor einigen Jahren eingeleitete mässige Dezentralisationsprozess in der Staats- und



Die Sorgen der privaten Schweine: «Irgendwie gefällt es mir nicht, dass die Verwandtschaft aus Budapest so unerwartet angekommen ist.» («Ludas Matyi», Budapest, 29. 11. 1984)